Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift

Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz

Band: 87 (2016)

Heft: 10: Die Kesb im Visier : was die Behörde wirklich tut - und was sie nicht tut

Rubrik: Lohrs Legislatur : Frauen werden schon sehr bald bis 65 arbeiten müssen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Frauen werden schon sehr bald bis 65 arbeiten müssen

Mit viel medialem Getöse führte die grosse Kammer in der Herbstsession als Zweitrat die Detailberatung der Altersvorsorge-Reform durch. Vom Nationalrat zerzaust wurden dabei der ursprüngliche Vorschlag des Bundesrats wie auch die überarbeiteten Ideen des Ständerats. Indem vereinzelt völlig neue Konzepte recht kurz vor Sitzungsbeginn eingereicht wurden, wähnte man sich bisweilen in einem Theaterstück, das spannend wie ein Krimi ablief. Als Mitglied der vorbereitenden Kommission des Nationalrates gewann ich je länger desto mehr den Eindruck, dass nur allzu deutlich aufgezeigt wurde, wie sehr unsere Vorarbeit inhaltlich nicht standzuhalten vermochte. Woran mochte dies gelegen haben? Noch nicht alle waren bereit, die Karten schon in der ersten Runde auf den Tisch zu legen.

Geredet wurde viel an den mehr als zwei Verhandlungstagen. Die erklärte Zielsetzung wurde dabei unterschiedlich definiert. Die einen sprachen davon, das Rentenniveau halten zu wollen. Bei den anderen ging es darum, die Altersvorsorge zu stabilisieren. Man könnte glauben, dass damit alle das gleiche meinten. Dem war aber nicht unbedingt so, spielten doch bei verschiedenen Anträgen Partikularinteressen eine grosse Rolle. Hier wurden Entlastungen und Kompensationen gefordert, dort wurden deutliche Massnahmen respektive Zeichensetzungen angemahnt, um den künftigen Generationen Perspektiven bieten zu können. Definitiv gesetzt scheint sicher schon einmal eines: mit dieser Revision werden Frauen in unserem Land schon sehr bald auch bis 65 Jahre arbeiten müssen, ehe sie das AHV-Alter erreichen. Die deutliche Mehrheit stimmte diesem Schritt zu, der auch gesellschaftlich tragfähig sein dürfte.

«Ich finde es äusserst wichtig, dass die Pensionsgerechtigkeit für Frauen mit Teilzeitarbeit verbessert wird.»

Christian Lohr, Nationalrat CVP Thurgau, ist der einzige Rollstuhlfahrer im Bundesparlament.

«So richtig brauchbar ist das noch nicht, was das Parlament in diesem Projekt bisher gemacht hat.»

Rentenalter 67 vor dem Stimmvolk chancenlos

Noch völlig offen ist, ob ein Mechanismus eingeführt werden soll, der bei einer weiteren oder künftigen Schräglage der AHV automatisch einen stufenweisen Anstieg des Rentenalters auf 67 Jahre ab 2030 bringt. Derzeit scheint ein solches Vorhaben vor dem Stimmvolk chancenlos zu sein. Jüngere Generationen können sich dies zweifellos eher vorstellen. Für sie steht mehr im Vordergrund, dass sie gerechte und faire Möglichkeiten erhalten, überhaupt ein angemessenes Altersguthaben aufbauen zu können, das auch gesichert bleibt. Wir werden älter und fühlen uns auch bereit dazu, länger zu arbeiten. Wie der Teufel das Weihwasser scheuen derzeit alle Parteien Instrumente, die auch nur ansatzweise zu einem Rentenabbau führen würden. Wem man aber genau was ab wann zumuten will, das ist in einem klaren Detaillierungsgrad noch nicht feststellbar. Bei der Altersvorsorge handelt es sich ja eben auch um ein hochkomplexes Drei-Säulen-System, das sich sehr lange bewährt hat, nun aber tiefgründiger überdacht werden muss. Die Gefahr ist gross, dass man in der aktuellen Diskussion zu wenig weit schaut und deshalb einiges nur sehr flickwerkartig herauskommt. Doch die nächste Revision wird in absehbarer Zeit deshalb wieder notwendig sein.

So richtig brauchbar ist das noch nicht, was das Parlament bisher mit diesem Projekt gemacht hat. Die Staatskasse und das Gewerbe sollen zusätzliche Beiträge leisten, was im momentanen wirtschaftlichen Umfeld nicht auf Zustimmung stösst. Persönlich finde ich es zudem äusserst wichtig, dass die Pensionsgerechtigkeit für Frauen mit Teilzeitarbeit verbessert wird. Das Sparpotenzial in diesem Bereich zu erhöhen, heisst, eine vernünftige Sozialpolitik zu betreiben. Ganz klar stehe ich aber auch dazu, dass neben einer solidarischen Absicherung auch die Eigenverantwortung mit dazugehört.

Das zähe Ringen um eine nicht nur im Parlament, sondern auch vor dem Stimmvolk mehrheitsfähige Lösung wird in den nächsten Monaten weitergehen. Nachdem die Positionen für ein erstes bezogen sind, wird es für die verschiedenen Seiten in den kommenden Differenzbereinigungsrunden darum gehen, gewisse Verhandlungsbereitschaft zu zeigen, gleichzeitig aber nicht allzu stark von den eigenen Haltungen abweichen zu müssen. Gerade bei diesem Geschäft steht aber die Ratstätigkeit extrem im Fokus der Öffentlichkeit, die – völlig zu Recht – nicht an politischem Geplänkel, sondern an einer zukunftsträchtigen Reform der Altersvorsorge interessiert ist. Die bisweilen bemühend geführten Scheingefechte sollen nun eingestellt und die gemeinsame Verantwortung wahrgenommen werden. Der Ball liegt für die Wintersession erneut beim Ständerat. ●